

Datenschutzerklärung¹ zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Rechtsauskünften zu europäischen, internationalen und PCT-bezogenen Angelegenheiten

Der Schutz Ihrer Privatsphäre ist für das Europäische Patentamt (EPA) von höchster Bedeutung. Wir sind bestrebt, Ihre personenbezogenen Daten zu schützen und sicherzustellen, dass die Rechte der betroffenen Personen bei der Erfüllung unserer Aufgaben und der Erbringung unserer Dienstleistungen geachtet werden. Alle Daten persönlicher Art, die Sie direkt oder indirekt identifizieren, werden rechtmäßig, fair und mit der gebotenen Sorgfalt verarbeitet.

Die im Folgenden beschriebenen Verarbeitungen erfolgen nach den Datenschutzvorschriften des EPA ([DSV](#)).

Die Informationen in dieser Erklärung werden Ihnen gemäß den Artikeln 16 und 17 DSV mitgeteilt.

Die HD 5.2 erhält Anträge auf Beratung im Zusammenhang mit europäischen und internationalen Rechtsangelegenheiten sowie dem PCT. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit anderen Organen, die Teil der Europäischen Patentorganisation sind (Verwaltungsrat), sowie mit anderen internationalen Organisationen und zuständigen Behörden in den Vertragsstaaten. Diese Datenschutzerklärung bezieht sich auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die im Rahmen der Rechtsauskünfte zu diesen Angelegenheiten und der diesbezüglichen Zusammenarbeit erfolgt.

1. Wie erfolgt die Verarbeitung und wozu dient sie?

Anträge auf Rechtsauskünfte gehen in der Regel über ein allgemeines E-Mail-Konto der Direktion oder des Direktors ein. Eine Datei mit dem Namen des Antragstellers wird im Case-Management-System (CMS) der Direktion geöffnet und einem Case-Handler in der Direktion zugewiesen. Nach der Zuweisung werden die Angelegenheit und die Rechtsfrage identifiziert und bewertet, und der Antragsteller erhält entweder schriftlich (per E-Mail oder als physisches Dokument), mündlich oder durch Zugriff auf ein gemeinsames Laufwerk eine Antwort. Bei Bedarf können Telefongespräche und Online- oder persönliche Besprechungen organisiert werden. Externe Rechtsanwälte können einbezogen werden. Der gesamte Schriftverkehr, Entwürfe und die finale Rechtsauskunft werden im Case-Management-System und ggf. im allgemeinen E-Mail-Konto der Direktion gespeichert.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist für die Erteilung von Auskünften zu Angelegenheiten innerhalb der Fachkompetenz der HD 5.2 Rechtsfragen/D 5.2.2 Europäische und internationale Rechtsangelegenheiten, PCT erforderlich. Dies umfasst:

- die Beantwortung von Fragen rechtlicher Art
- die Beratung und Unterstützung bei vertraulichen Besprechungen und bei der Entscheidungsfindung des Amts
- die Bereitstellung aktueller Informationen für die Stakeholder sowie das Ergreifen entsprechender Maßnahmen, um z. B. für einen ordnungsgemäßen und effizienten Informationsfluss und die Verwaltung der entsprechenden Aktivitäten zu sorgen
- die Förderung des rechtlichen Rahmens der Organisation, unter anderem durch Sensibilisierung
- die Bearbeitung von Anträgen außerhalb der direkten Fachkompetenz, sofern dies vom höheren Management verlangt wird
- die Planung und Leitung der Tätigkeit der Direktion

¹ Version Juni 2022

- die Zugänglichmachung früherer Rechtsauskünfte, damit später bei Folgeanträgen und Rechtsstreitigkeiten darauf Bezug genommen werden kann
- Archivierungs- und Statistikzwecke

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Folgende Arten/Kategorien von personenbezogenen Daten werden verarbeitet bzw. können verarbeitet werden:

- Identifikations- und Kontaktdaten des Antragstellers und anderer im Antrag erwähnter betroffener Personen (in der Regel Name, E-Mail und Beschäftigungsdaten wie Position, Abteilung und Organisation)
- Identifikations- und Kontaktdaten des mit dem Antrag befassten Case-Handlers oder anderer Personen, die in die Sache involviert sind (in der Regel Name, E-Mail, Position, Abteilung)
- personenbezogene Daten, die im Rahmen des Schriftverkehrs übermittelt werden (z. B. im Antrag, in den eingereichten Unterlagen, in der Rechtsauskunft, in Stellungnahmen und Bewertungen)
- CMS-Ticketinformationen (z. B. Ticketnummer)

3. Wer ist für die Verarbeitung der Daten verantwortlich?

Die personenbezogenen Daten werden unter der Verantwortung der HD 5.2 Rechtsfragen verarbeitet, die als delegierter Datenverantwortlicher des EPA handelt.

Personenbezogene Daten werden von EPA-Bediensteten aus der D 5.2.2 verarbeitet, die in die Beratung zu europäischen und internationalen Rechtsangelegenheiten oder zu PCT-bezogenen Angelegenheiten gemäß dieser Erklärung involviert sind.

Externe Auftragnehmer, die an der Bereitstellung und Pflege der für die Beratung erforderlichen Tools beteiligt sind, können ebenfalls personenbezogene Daten verarbeiten und müssen möglicherweise darauf zugreifen. Dies umfasst auch Auftragnehmer von Thomson Reuters, OpenText und Microsoft. Falls externe Anwaltskanzleien konsultiert werden, verarbeiten auch sie personenbezogene Daten, die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

4. Wer hat Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten und für wen werden sie offengelegt?

Die Bediensteten der D 5.2.2 haben Zugriff auf die personenbezogenen Daten, die im Case Management System und im allgemeinen E-Mail-Konto der Direktion enthalten sind.

Personenbezogene Daten müssen unter Umständen bedarfsorientiert an andere Akteure innerhalb des EPA weitergegeben werden, einschließlich der Hierarchie der HD 5.2 Rechtsfragen. Personenbezogene Daten werden unter Umständen bedarfsorientiert auch an Anwaltskanzleien weitergegeben, wenn diese konsultiert werden.

Personenbezogene Daten können für Dritte wie Thomson Reuters, OpenText und Microsoft offengelegt werden, die die für Rechtsauskünfte erforderlichen Tools bereitstellen und pflegen.

Personenbezogene Daten werden nur an bevollmächtigte Personen weitergegeben, die für die erforderliche Verarbeitung verantwortlich sind. Sie werden nicht für andere Zwecke verwendet und auch nicht für andere Empfänger offengelegt.

5. Wie schützen wir Ihre personenbezogenen Daten?

Wir treffen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um Ihre personenbezogenen Daten vor versehentlicher oder vorsätzlicher Zerstörung, vor Verlust, vor Manipulation sowie vor unbefugter Offenlegung oder unbefugtem Zugriff zu schützen.

Alle personenbezogenen Daten werden in sicheren IT-Anwendungen gemäß den Sicherheitsstandards des EPA gespeichert. Angemessene Zugriffsberechtigungen werden individuell nur den oben genannten Empfängern gewährt.

Für Systeme, die in den Räumlichkeiten des EPA gehostet werden, gelten allgemein die folgenden grundlegenden Sicherheitsmaßnahmen:

- Benutzerauthentifizierung und Zugriffskontrolle (z. B. rollenbasierte Zugriffskontrolle auf die Systeme und das Netzwerk, Bedarfsorientiertheit und Least-Privilege-Prinzip)
- logische Sicherheitshärtung von Systemen, Geräten und Netzwerken
- physischer Schutz: EPA-Zutrittskontrollen, weitere Zutrittskontrollen für das Rechenzentrum, Richtlinien zum Verschließen von Büros
- Übertragungs- und Eingabekontrollen (z. B. Auditprotokollierung, System- und Netzwerküberwachung)
- Computer-Notdienst (Security Incident Response): 24/7-Überwachung von Zwischenfällen, Sicherheitsexperte auf Abruf.

Prinzipiell hat das EPA ein papierloses Verwaltungssystem eingeführt. Wenn dennoch Papierakten mit personenbezogenen Daten in den EPA-Gebäuden gelagert werden müssen, werden sie an einem sicheren abgesperrten und zugangsbeschränkten Ort aufbewahrt.

Für personenbezogene Daten, die mit nicht in den Räumlichkeiten des EPA gehosteten Systemen verarbeitet werden, hat das EPA eine Risikobewertung für Datenschutz und Sicherheit durchgeführt. Die Anbieter, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, haben sich in einer rechtsverbindlichen Vereinbarung verpflichtet, die sich aus dem anwendbaren Datenschutzrahmen ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das EPA hat außerdem eine Überprüfung der Datenschutz- und Sicherheitsrisiken durchgeführt.

In diesen Systemen müssen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen umgesetzt worden sein, wie z. B.:

- physische Sicherheitsmaßnahmen, Zugangs- und Speicherkontrollmaßnahmen, Sicherung von gespeicherten Daten (z. B. durch Verschlüsselung),
- Benutzer-, Übermittlungs- und Eingabekontrollmaßnahmen (z. B. Netzwerk-Firewalls, System zur Erkennung unberechtigter Netzwerkzugriffe (Intrusion Detection System, IDS), System zur Abwehr unberechtigter Netzwerkzugriffe (Intrusion Protection System, IPS), Überwachungsprotokollierung),
- Maßnahmen zur Übertragungskontrolle (z. B. Sicherung von Daten beim Transport durch Verschlüsselung)

6. Wie können Sie auf Ihre Daten zugreifen, sie berichtigen oder sie abrufen? Wie können Sie die Löschung Ihrer Daten verlangen oder ihre Verarbeitung beschränken bzw. ihr widersprechen? Können Ihre Rechte beschränkt werden?

Sie haben das Recht, auf Ihre personenbezogenen Daten zuzugreifen, sie zu berichtigen und sie abzurufen, das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, sowie das Recht, Ihre Daten löschen zu lassen und die Verarbeitung Ihrer Daten zu beschränken und/oder ihr zu widersprechen (Artikel 18 bis 24 DSV), es sei denn, das EPÜ, der PCT oder die danach geltenden Praktiken oder Bestimmungen erfordern etwas anderes in Bezug auf personenbezogene Daten, die im Rahmen des Patenterteilungsverfahrens und damit zusammenhängender Verfahren verarbeitet werden (siehe [Beschluss des Präsidenten](#) vom 13. Dezember 2021, ABl. EPA 2021, A98).

Das Recht auf Berichtigung gilt nur für falsche oder unvollständige sachbezogene Daten, die im Rahmen der Aufgaben, Pflichten und Tätigkeiten des EPA verarbeitet werden, und nicht für subjektive Erklärungen, einschließlich Erklärungen Dritter. Das Recht auf Löschung gilt nicht im Fall einer rechtlichen Verpflichtung des Datenverantwortlichen zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten. Was das Zugriffsrecht betrifft, können bestimmte Informationen aus der Kopie, die der betroffenen Person zur Verfügung gestellt wird, gelöscht werden, wenn das EPA dies für erforderlich hält, um die Vertraulichkeit der internen Beratungen und Entscheidungsfindung zu schützen.

Beschränkungen der Rechte der betroffenen Person können sich aus der folgende. Rechtsvorschrift ergeben:

- Rundschreiben Nr. 420, Artikel 4 (1) h) "gemäß Artikel 25 (1) c), d), g) und h) DSV bei der wechselseitigen Unterstützung zwischen dem Amt und zuständigen Behörden einschließlich der EPÜ-Vertragsstaaten und internationaler Organisationen oder bei der Kooperation mit diesen im Zusammenhang mit Tätigkeiten, die in entsprechenden Service-Level-Agreements, Memoranda of Understanding und Zusammenarbeitsvereinbarungen definiert sind, sei es auf deren Ersuchen oder auf Veranlassung des Amts".

Wenn Sie von einem dieser Rechte Gebrauch machen möchten, können sich EPA-Bedienstete an den delegierten Datenverantwortlichen unter pdlegalaffairs-dpl@epo.org wenden; externe betroffene Personen können sich an dpoexternalusers@epo.org wenden. Damit wir so schnell und so genau wie möglich darauf antworten können, sollten Sie uns mit Ihrem Antrag stets bestimmte Vorabinformationen übermitteln. Deshalb bitten wir Sie, als externer Nutzer dieses [Formular](#) und als interner Nutzer dieses [Formular](#) auszufüllen und zusammen mit Ihrem Antrag einzureichen.

Wir werden Ihren Antrag baldmöglichst und in jedem Fall innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags bearbeiten. Gemäß Artikel 15 (2) DSV kann dieser Zeitraum jedoch um zwei Monate verlängert werden, wenn es aufgrund der Komplexität und der Zahl der eingegangenen Anträge erforderlich ist. Wir werden Sie in diesem Fall entsprechend informieren.

7. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert die Verarbeitung Ihrer Daten?

Personenbezogene Daten werden gemäß Artikel 5 DSV verarbeitet:

- a. Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe in Ausübung der amtlichen Tätigkeit der Europäischen Patentorganisation oder in rechtmäßiger Ausübung dem Verantwortlichen übertragener öffentlicher Gewalt

8. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Personenbezogene Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Zwecke der Verarbeitung erforderlich ist.

Personenbezogene Daten ohne Bezug zu Patentangelegenheiten werden für die standardmäßige Aufbewahrungsdauer für Rechtsauskünfte der HD Rechtsfragen aufbewahrt, d. h. 20 Jahre, außer in Fällen, in denen z. B. der Präsident, ein Vizepräsident oder andere hochrangige Bedienstete involviert waren, um den Entscheidungsprozess dokumentieren zu können.

Personenbezogene Daten in Zusammenhang mit Patentakten (europäische Patentanmeldungen und europäische Patente) sollten für dreißig Jahre über die längste nach Regel 147 EPÜ mögliche Frist hinaus aufbewahrt werden.

Mögliche Archivierungsaktivitäten werden in einer separaten Datenschutzerklärung behandelt.

Im Falle einer förmlichen Beschwerde/Rechtsstreitigkeit werden alle Daten, die bei Einleitung der förmlichen Beschwerde/Rechtsstreitigkeit gespeichert waren, bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahrt.

9. Kontaktinformationen

Bei Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten wenden sich EPA-Bedienstete bitte schriftlich an den delegierten Datenverantwortlichen unter pdlegalaffairs-dpl@epo.org und externe betroffene Personen an DPOexternalusers@epo.org.

Interne können sich auch an unsere Datenschutzbeauftragte unter dpo@epo.org wenden, während Externe unsere Datenschutzbeauftragte unter DPOexternalusers@epo.org erreichen.

Überprüfung und Rechtsmittel

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihre Rechte als betroffene Person verletzt, haben Sie das Recht, gemäß Artikel 49 DSV einen Antrag auf Überprüfung durch den Verantwortlichen zu stellen, und wenn Sie mit dem Ergebnis der Überprüfung nicht einverstanden sind, haben Sie das Recht, gemäß Artikel 50 DSV Rechtsmittel einzulegen.